

Carten- Tischdecken - garantiert waschecht - solide Qualitäten - in modernen Mustern, abgepasst und vom Stück. Grosse Auswahl, allerbilligste Preise. Für Restaurateure bei Abnahme grossen Quanten besondere Vorteile. Brunner & Benjamin

Stadtverordneten-Zusitzung.

Ordnung: Amtsrat Förlina. Halle a. S., 6. Mai.

Die Session um Entschädigung für entgangene Einnahme infolge Übernahme der Straßenreinigung auf den nächsten Haushalt, wird durch Überlegung zur Tagesordnung erliebet.

Der III. kommunale Haushaltsausschuss hat um baldige Erweiterung der Klausurbüro, Stadtbauamt Sammetts teil zu verlangen mit, doch bereits verschiedene Projekte wegen einer Vergrößerung beim, eines Neubaus der Büchse angeordnet worden sind. Die Session wird auf 8 Wochen ausgesetzt.

Beitragen des Ritters Hofe und des Fräulein-Bereits für Kranen- und Kranenplätze, um Erhaltung des Saales in der Volkshaus an der Neuen Promenade wird zurückgelegt, bis vom Magistrat eine Vorlage wegen des Umbaus des Saales eingegangen ist.

Die Erlaubnis folgender Bestimmungen: Pfänderkassenfonds, landwirtschaftliche Fortbildung und Erziehungsinstitut wird ausgedrückt, dass keine Wahrungsbefugnis wird ausgedrückt. Berichterstatter: St. S. Daniel und Hoff.

4. Mitt aus. 8. Magistrat beauftragt zur Festnahme an dem 7., 8. und 9. Juni in Verbindung mit dem Stadtrat die Herren Bürgermeister von Gollitz, Stadtrat Richter und Herr. Bezeichnung delegiert die St. S. Gygus, Dr. Herzog und Dr. Lember. Berichterstatter: St. S. Förlina.

6. Veranlassung genehmigt, dass dem Magistratsbüro die Kosten für die Verlegung der Kämmerer-Gebäude auf der freien Wohnung der nicht personifizierten Stadträte von 120 Mk. als Veranschlagung ausbezahlt wird. Berichterstatter: St. S. Hoff. St. S. Richter legt an, die Zimmervergabe, welche nicht zeitgemäß und feuergefährlich ist, ganz einzustellen, wodurch die Stenographen, 120 Mk. als Veranschlagung für den Verbleib, wegfallen. St. S. Förlina spricht überaus für Verlegung der Zimmervergabe. Die St. S. Robert, Förling und Robe, sowie der Berichterstatter treten dagegen für die Beibehaltung der alten Einrichtung ein.

7. Mitt aus. 8. Veranlassung erklärt sich für die Beibehaltung der in den nächsten Jahren St. Berlin 11 und in der Vorburg der städtischen Ausstellungsgelände, sowie des Bahnhofs des Weisums gegen Brandgefahr einzuhalten. Berichterstatter: St. S. Gygus.

9. Bei Vorlage der Halle-Schwimmklub-Deputation hat der Magistrat sich entschieden, keine Erlaubnis zu erteilen für den Bau einer Schwimm- und Badeanstalt eines öffentlichen Bäderbau zu veranlassen. Es wird beschließt, die drei besten Entwürfe mit Preisen in Höhe von 3000, 2000 und 1000 Mark auszusuchen und außerdem einige Entwürfe zum Preise von mindestens 500 Mark anzufordern. Als Berichterstatter sind die Herren: Herr Bürgermeister Dr. Gygus, Stadtbauamt, Stadtrat, Professor Hofe, Richter, Stadtrat, Oberbürger Dr. Hoff, Jannover, Bademeister Scholz, Weisum in Aussicht genommen. Veranlassung genehmigt die Vorlage. Berichterstatter: St. S. v. Blum.

Die letzte beantragt, aus der Veranlassung heraus noch die Herren Gygus und Kallmeyer zu Preisrichtern zu wählen, damit das Komitee bei Vermittlung der Entwürfe entsprechend vertreten ist; 2. den Magistrat zu ermahnen, vor Auslieferung des Wettbewerbens das Programm der Veranlassung zur Genehmigung vorzulegen. Nach längerer Debatte legt St. S. Gygus die 2. Antrag zurück, der 1. Antrag wird von der Veranlassung mit 27 Stimmen angenommen.

Deutscher Reichstag.

(Spezialbericht unseres Korrespondenten.)

N. Berlin, 6. Mai.

Am Bundesratssitz: Dernburg, Herr. von Stengel. Der Präsident Herr Stolberg erhebt und erklärt die Ermächtigung, dem Kronprinzen zu seinem Geburtstag zu gratulieren. Reichspräsident Raumpf hat kein Amt niedergelegt, die Tenuoi sind mögen sein.

Nach der Tagesordnung liegen der vierte und der fünfte Ergänzungsetz sowie der zweite Ergänzungsetz für die Kolonien.

Die beiden ersten Ergänzungsetze enthalten in der Hauptsache die einmaligen Zuzugungsbeträge für die Beamten; der folgende Ergänzungsetz jedoch hauptsächlich an 2 Millionen aus Anlass des Eingeborenen-aufwandes in Südwestafrika. Schlotheim: Herr. von Stengel: Die Etat enthalten einmal die Beizahlen für die Beamten und dann die Ausgaben für Südwestafrika. Diese letzteren Ausgaben ergeben infolge des Aufwandes des Aufwandes einmündigste eine Verminderung des Aufwandes um 31 Millionen Mark, wogegen sich der erhebliche Ausgabebetrag erhöht und die Wirtschaftserträge eine Erigerung von etwa 17 Millionen Mark einbringen. Die Kosten, die aus der Überlieferung des Schutzgebietes vom Streitplatz in den Betriebszustand zu erwarten sind, werden aus einer Kasse bestritten. Die Einbringung der Ergänzungsetze für die Beizahlen ist den Verbindlichkeiten gegenüber nicht leicht gemacht, angesichts der ungünstigen Lage des Etats. Die Einzelheiten können wir nicht weiter befehlen, da ihre finanzielle Lage auch sehr schwierig ist und die ebenfalls ihren Beamten Zuzug geben müssen. Es wird deshalb ein Vergleich im Etat des Jahres 1907 zu ziehen sein, wie denn schon dem Reformgeheimrat von 1906 der Wunsch einer mehrjährigen Einbringung der ungedeckten Wirtschaftserträge ausgedrückt lag. Wenn es also nicht möglich ist, diese Mittel jetzt anzubringen, werde sie bis 1909 getilgt.

Dann allerdings muß eine Deckung erfolgen, wenn nicht anders durch eine Erhöhung der Einnahmen des Reiches. Abg. Ebel (Str.) erhebt schwere Bedenken gegen die Vorschläge des Staatssekretärs. Es geht doch nicht an, daß Ausgaben dieses Etats erst 1909 ihre Deckung finden sollten. Demnach beantragt, die Vorlage an die Budgetkommission zu übermitteln.

Schlotheim: Herr. von Stengel erklärt, daß er nähere Angaben erst in der Kommission machen werde. Der Vorschlag ist nicht so, wenn er meine, daß die Mittel für die Beizahlen auf alle Fälle erst 1909 in den Etat eingestellt werden sollten. Dies sollte nur geschehen, wenn vorher keine Deckung erfolgen könnte. Abg. Herr. von Hoffmann ist mit der Überweisung an die Budgetkommission einverstanden.

Abg. Singer (Sax.): Mit dieser Regelung will ich nicht einverstanden sein. So hat es der Reichstag nicht gemacht. Man sollte die Beamtenausgaben gleich mit dem Etat übernehmen. Dieses System der engeren Einbindung der Wirtschaftserträge führt zu nichts. Es wird so lange ausdauern, bis eine gründliche Finanzreform kommt. Wir halten es angedehnt für richtig, wenn die Beamten nicht bloße Zuzugung, sondern Sozialleistungen erhalten können. Doch immer wird auch die Deckung um der wirtschaftlichen Lage der Beamten zu. Wir müssen dabei aber bemerken: wenn man fünfmal die Vorlage berichtigt, dann sollte man doch zuerst an die Arbeiter denken; denn die Einbringung der Mittel in den Wirtschaftsbereich ist ganz ungenügend, in der Vorbereitung ist sie ganz ungenügend. Wir hoffen, daß das Reich auch an seine Pflichten gegen die Arbeiter denkt.

Abg. Dr. Wiemer (Freil. Sp.): Wir müssen anerkennen, daß die Regelung ihre Aufgabe nicht erfüllt hat. Die Regelung in der vorgeschlagenen Weise hält sich durchaus im Rahmen der Verfassung, die der Reichstag angenommen hat. In Betreff der Parteien um die Parteien wollen wir nicht mitreden. Ich will nur festsetzen, daß der Weg, der zum Ziele führt, zuerst von uns ausgehen werden ist. Die Beamten müssen jedenfalls anerkennen, daß Neubezug und Regierung Abhilfe schaffen haben, so weit es nach Maßgabe der Finanzlage eben möglich ist. Der Weg, den der Reichstag vorgeschlagen hat, ist die Deckung der wirtschaftlichen, erwidert und recht wohl möglich. Ich hoffe, daß die Sache in der Budgetkommission recht leicht erledigt werden, so daß die Beamten schon am 1. Juni in den Besitz der Zulagen kommen.

Abg. Dr. Ziemer (Freil. Sp.): Wenn man gewisse Punkte kann ich nicht auch an dem einen Vertreter der Parteien herhalten. Ich für mich, doch wir mit den Zulagen ganz einverstanden sind, daß wir aber hoffen, daß diese einmaligen Zulagen möglichst bald in eine dauernde Zulage umgewandelt werden. Bezüglich des Etats für Südwestafrika befolgen wir uns unter Zugrundelegung der Budgetkommission vor.

Abg. Dr. Mierke (N.) schlägt sich diesen Verhandlungen an. Hiermit schließt die Debatte. Die drei Etats gehen an die Budgetkommission. Sodann legt das Haus die zweite Beratung des Etats der Schutzgebiete beim Etat für Kamerun vor. Abg. Hoff (Freil. Sp.): Wenn wir in diesem Jahre nicht auf die Kolonialverwaltung eingegangen sind, so treten wir dies auch in diesem Jahre ein. Dieser hat Herr von Dernburg die Jurisdiktion nicht gegeben, indem er auf den Fall Puttlamer einging. Seine Worte erfordern natürlich die sofortige Jurisdiktion. Nach die Worte, die der Reichstag dem Reich gegeben hat, müssen, wenn die Bestimmungen richtig sind, zurückgenommen werden. Das Reichsgericht hat doch im ganzen Verlauf des Prozesses nicht beantragt, sondern fäher verlegt worden. Nicht sowohl durch das Urteil, sondern durch die Art der Verhandlung, der Neugenehmigung z. Herr von Dernburg hat eine ganze für Herrn Ziemer von Puttlamer eingeleitet. Erklären Sie, Herr von Dernburg, als Reichler eine Person in die Jurisdiktion zu lassen, mit der die Jurisdiktion in intimen Beziehungen standen, und die die Mutter ihres Kindes ist? (Sehr richtig.) Frau von Geimar hat jetzt in der Ihren geschichtlichen Korrespondenz eine Darstellung des Sachverhalts veröffentlicht, an der man nicht vorbeizugehen kann. Das Volk muß wissen, ob wir in einem Besonderen leben oder nicht. (Sehr richtig.) Abg. Ebel (Str.): Nach diesen Erklärungen der Dame kann das Urteil gegen Puttlamer in der Tat nicht aufrechterhalten werden. Jedenfalls muß unterzogen werden, wie nun eigentlich die Wahrheit gelassen hat. Es wurde vor einem halben Jahr von allen Seiten als erste Erklärung kundgegeben, daß der neue Kolonialminister nicht mit richtiger Gerechtigkeit gegen alle Beschuldigungen vorgehen, nicht zu verurteilen, nicht zu verurteilen. Nun kommt der Prozess Puttlamer zur Verhandlung, und wir sind im höchsten Grade überaus, nachzugehen, daß der öffentliche Richter gerade es war, der alles aufbot, um die Karten des Herrn von Puttlamer in so mißliche Lage zu bringen, wie nur möglich. Wir erwarten eine Erklärung des Reichspräsidenten, wie er sich dazu stellt.

Kolonialdirektor Dernburg: Ich habe bereits vorgeschrien erklärt, daß es mit ungenügend ist, material in eine Erweiterung des Reichs einzutreten, bevor die sachliche Begründung des Urteils nicht vorliegt. Ich kann daher auch jetzt noch nicht wissen, wie weit die Karten, welche Frau von Geimar in der 'Neuen Gesellschaftlichen Korrespondenz' mitgeteilt hat, in dem Urteil richtige Würdigung gefunden haben oder nicht. Darüber will ich aber gar keinen Zweifel lassen, daß die Mitteilungen der Frau von Geimar in der Tat für den Gang der Sache von höchster Bedeutung sind. Der letzte Bericht ist mit der heute vorgelegten, und es war mir unmöglich, so schnell Feststellungen vornehmen zu lassen. Zunächst muß der Unterhändler führende Beamte vernommen werden. Das habe ich bereits beantragt. Was die Haltung des öffentlichen Richters anlangt, so bitte ich Sie, heraus zu setzen, daß die Kommission des Reichs nach der von der Verwaltung angeführten ist, die sie jetzt vorgelegt hat, keinen Einfluß ausüben kann, ebensowenig auf die Ausmaß der Zulagen z. Das liegt in der Unabänderlichkeit des Disziplinargerichts bestimmt. Ich gebe zu, daß die Angelegenheit jetzt in ein weiteres Stadium

etwa eingetreten ist und daß eine weitere Untersuchung, soweit sie auf den Veranlassungsbereich möglich ist, erfolgen muß. Ich hoffe, daß mit jederman vertraut, daß ich in dieser Beziehung ohne irgendwelche Vorbehalte nach irgend einer Seite vorgehen werde.

Abg. Carlberg (Centr.): Inbezug nötig wird es sein, daß wir energischer gegen die Schutzgebiete eingreifen, wenn wir die Eingeborenen überhaupt erhalten wollen. Beizahlen müssen wir die Kolonialhöfe ganz bedeutend erhöhen. Die englische Regierung will gern bereit sein, mit uns in diesem Punkte Hand in Hand zu gehen; denn es hat das gleiche Interesse an der Erhaltung der Eingeborenen. Was soll man z. B. dann machen? Zunächst einmal eine gründliche Untersuchung der Schutzgebiete anstellen? Einatmen ist mit aller Umsicht ein Ende gemacht werden. Die Eingeborenen sind das Rückgrat, wo wir in den Kolonien haben, wichtiger, als die Ausfuhrprodukte. Es sind also solche und einschneidende Schutzmaßnahmen notwendig.

Kolonialdirektor Dernburg: Jeder der Verehrung dieser Tendenz, die der Reichspräsident, erhebt hier gar keine solche Meinungen. Aber zwischen Worten und Wirkungen liegt hier eine große Differenz. Es ist sehr schwer, zu ausreichende Beweise in Ordnung zu halten. Die Verwaltung wird in ihren Bemühungen gleichmäßig nicht nachlassen. Wir können aber nicht verhindern, daß gewisse Teile des Reichs nicht einfließen. So hat sich die deutsche Veranlassungsbüro nicht, daß man in die Schutzgebiete der Eingeborenen dort mit bezüglichen politischen Maßnahmen eingreifen kann. Es ist uns unmöglich, dort etwas Erhebliches zu tun, ohne ständige Hilfe der Kolonialbehörden. Der Reichspräsident hat die Veranlassung der Fälle. Jeder der englischen Fälle können wir dort nicht hinanziehen, da die Ereignisse nur einen kleinen Teil der Wonnegänge umfassen. Ein Stand von der Form eines Handels ist daher möglich. Man muß geistlich, aber vorzüglich und sachweise vorgehen.

Abg. Dr. Mierke (N.) stimmt mit dem Reichspräsidenten überein. Seine Art für 2000 erhält das Wort Abg. Ledebour (os.), ist aber nicht anwesend, worauf Reichspräsident Dr. Baumbach konstatiert: Der Abg. Ledebour vertritt die Kolonialverwaltung. Unter großer Beifall der Versammlung wird erwartet, daß er post festum kommen. Einige Abgeordnete zeigen sich sehr auf die Journalistenförmige pantomimisch andeutend, welche Empfindungen werden. Inzwischen aber der Wunsch der Rede beizelen.

Abg. Dr. Mierke (N.) erklärt, daß er nicht anwesend ist, sondern Kolonialdirektor Dernburg auf die Anregung des Abg. Dr. Mierke-Meinungen zurück, Zeit und Verwaltung in den Kolonien zu trennen. Diese Trennung liegt durchaus im Interesse der Verwaltung und namentlich im Interesse der Beamten selbst. Daher bietet ein dringliches Mittel bei Fall des Landesübergangs. Es war mit dem Reichspräsidenten einverstanden, unter großer Beifall der Versammlung wird erwartet, daß er post festum kommen. Einige Abgeordnete zeigen sich sehr auf die Journalistenförmige pantomimisch andeutend, welche Empfindungen werden. Inzwischen aber der Wunsch der Rede beizelen.

Nach dieser Etat wird ohne weitere Debatte nach den Vorschlägen der Kommission (Veränderung des Reichsbudgets um 10000 Mark) beizelen. Es folgt der Etat für Kamerun, der ebenfalls beizelen beizelen wird, beizelen die zweite Beratung des Etats der Schutzgebiete mit Ausnahme des Etats für Südwestafrika, der sich noch in der Kommission befindet, beizelen.

Es folgt die zweite Beratung des Etats der Reichs-Eisenbahnen. Am Bundesratssitz hat Reichspräsident Baumbach folgende Rede gehalten: Abg. Schwabach (N.) vertritt als Berichterstatter kurz über die Verhandlungen der Kommission.

Abg. Dr. Hoff (Freil. Sp.): Es macht mich Freude, den Etat der Reichs-Eisenbahnen, Herrn Reichspräsident, am Bundesratssitz begrüßen zu können. Ich hoffe, daß er ebenso wie sein Vorgänger, Herr Lubbe, beizelen sein wird, daß Weg der Reichs-Eisenbahnen zu ausbauen, wie es das Interesse des Landes erfordert. Meiner tritt dann für eine Gehaltsaufhebung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen verschiedener Beamten und Arbeiterstellen ein. Minister Reichspräsident: Ich spreche dem Reichspräsidenten mein Dank für seine freundlichen Worte aus und verweise ihn, daß mit die Reichs-Eisenbahnen ebenso am Herzen liegen wie das Gebiet, das ich als Reichspräsident Minister zu beizelen habe. Ich werde die reichs-Eisenbahnen, jeder Zeit unterstützen, eine das finanzielle Interesse zu ich zu beizelen. (Beifall.) Nicht bestimmen kann ich allerdings dem Reichspräsidenten in der Beziehung, daß die Arbeiterhöfe zu niedrig seien. Die Arbeiter sind erst im Besonderen eingehend ausgeführt worden. Überhaupt haben wir die Arbeiterunterstützung der Kommissionen verbessert. Abg. Hoff (Freil. Sp.) führt aus, daß die Einbringung der letzten Klasse der Reichs-Eisenbahnen nicht gelassen habe. In das Reichspräsidenten auf den Reichspräsidenten kann er nicht einstimmen. Die Beizahlen der Arbeiter liegen nicht weniger als glänzend. Empfindend ist es, daß

Fertige Damen-Tag- u. Nachthemden, Beinkleider, Nachtjacken, weisse Unterröcke, Untertailen, Korsettschoner, Reform-Beinkleider, Herren-Oberhemden, weisse und Nachthemden, Chemisets, Serviteurs, Kragen, Mänschetten, Krawatten u. dergl., Kinder-Wäsche für jedes Alter. Grosse Auswahl, unerreicht billige Preise. Brunner & Benjamin







